

Beiträge

Yvan Daniel

Analyse der politischen Funktion einer bürgerlich- christlichen Gemeinde in Frankreich

Wir sprechen im Folgenden von katholischen Pfarrgemeinden an der Peripherie oder in den Vororten besonders großer Städte in Frankreich.

Diese Pfarrgemeinden – und darunter wollen wir hier die Gesamtheit der Leute verstehen, die mehr oder minder regelmäßig die Kirche ihres Viertels besuchen – bilden ein Milieu, das sich mehr aus Rentnern, Pensionären, Hausfrauen, Kleinkindern und Schulkindern zusammensetzt als aus aktiv im Arbeitsprozeß Stehenden. Und soweit die letztgenannte Gruppe überhaupt vertreten ist, handelt es sich dabei vor allem um mittlere Angestellte, Angehörige der freien Berufe und der Schicht der führenden Angestellten; erst dann folgen Arbeiter, Handwerker oder kleinere Kaufleute.

Diese Pfarreien haben eine sehr reiche Vergangenheit, nicht selten starke Traditionen, und bisweilen bewahren sie aus dieser Vergangenheit ein ganzes Netz der verschiedensten pfarrlichen Gruppen und Verbände (*œuvres*). Aber sie sind, das muß erkannt und ausgesprochen werden, mehr mittelständisch, das heißt von einer Mentalität, die charakterisiert ist durch eine gewisse Enge der Perspektiven und das Fehlen von Unternehmungsgeist und Wagnisbereitschaft.

Seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg haben sich in den französischen Großstadtpfarreien manche Dinge geändert, sowohl in den Methoden ihrer Organisationen und Verbände als auch in ihren Dienstleistungen. So schrieb vor zehn Jahren Kanonikus Fernand Boulard:

«In Frankreich haben dreißig Jahre Katholische Aktion und Bibelbewegung, liturgische, katechetische sowie missionarische Bewegung ihre Früchte gebracht: Aktive Teilnahme an der Liturgie, Gruppen für eine eigene Spiritualität des ehelichen Lebens und ein Erwachsenenkatechumenat, das weitgehend von Laienkräften getragen wird, nicht

selten von Familien, christliches Engagement (aus der Absicht, im Geist des Evangeliums zu dienen) im weltlichen Bereich usw. ... geben Zeugnis davon.

Dennoch mußte ich kürzlich feststellen, daß das Christentum zwar in unseren Kirchen und unter den «Praktizierenden» im Fortschritt begriffen ist, im sozialen Leben dagegen im Rückgang.

Das heißt, daß das ungeheure Kapital christlicher Aktion, das der gewohnte pastorale Dienst darstellt, ohne sichtbaren Einfluß auf eine Welt bleibt, die sich mehr und mehr dem Geist des Evangeliums entzieht.»¹

1. Die Pfarreien als Kräfte der Bewahrung

Man kann zu verstehen suchen, aus welchen Gründen dies so ist.

Die in den pfarrlichen Veranstaltungen und Versammlungen vertretenen Berufsschichten prägen auf die Dauer und allein schon durch das Gewicht ihrer Anwesenheit alle Institutionen: Verbände, Versammlungen, ja selbst den Stil der gottesdienstlichen Gestaltung bis hinein in den Inhalt der Gebete.

Andrerseits ist das Pfarrmilieu keineswegs repräsentativ für das Gesamtmilieu, in dem die Christen normalerweise zu leben und zu handeln haben; vor allem nimmt es nicht die lebendigen Kräfte dieses Milieus auf. So entdecken wir hinter oder in den Pfarrinstitutionen eine Art «Schutzhülle», die die Christen in ihren Pfarreien einschnürt und zu ersticken droht.

Aber diese Kraft der Institution, der Fortbestand ihres rechtlichen Status (der «*état religieux*» für die Taufen, die Eheschließungen, die Beerdigungen) wie auch die Solidität des Systems (fest umgrenzte Territorien, Kirchen als öffentliche Monumente, ein mehr oder minder großer mobiler oder immobil Besitz, der aber durchaus effektiv ist) – das alles erhält den Pfarreien nach wie vor auch eine gewisse politische Funktion.

Durch ihr eigenes Gewicht bilden die Pfarreien eine Kraft der Erhaltung und Bewahrung des Vorhandenen. Alle die Menschen, die sich als Christen erklären, die es für ihre Pflicht halten, am Leben der Pfarrei teilzunehmen oder sich unter ihrer Oberhoheit zusammenschließen, nehmen an etwas teil, das man Leben von Gruppen nennen kann. Solche Gruppen haben ihre eigenen Verantwortlichen, bisweilen selbst ihre Führer und eine bestimmte Organisationsform. Auf verschiedenen Bewußtseins- und Partizipationsebenen haben sie eine eigene Art und Weise des Zusammenlebens.

Diese Lebensform wird von einem starken Instinkt der Bewahrung getragen; sie ist geprägt von der Angst vor Wandlungen und dem Unbekannten. Und sie setzt dementsprechend allem einen Widerstand entgegen, was neu ist.

So freuen sich die etablierten Kräfte, daß sie auf all das zählen können, was dazu beitragen kann, ihre Stabilität zu gewährleisten. Denn die erste Sorge jeglicher etablierter Macht ist die Sorge um ihren Bestand. Die Pfarreien waren und sind zweifellos auch heute noch eine große Kraft sozialer Kohäsion, selbst wenn diese Kraft heutzutage stark relativiert ist. Denn die Vorstellung, die man sich von einer Pfarrei macht, ist stets eine vernünftige, Sicherheit gebende Vorstellung, und man ist sich klar darüber, daß man auf die Stabilität der Institution zählen kann.

Überdies sind diejenigen, die gewohnheitsgemäß in der Welt der Pfarreien leben, allgemein eben die, denen nicht an Änderungen gelegen ist, soweit sie nicht im Sinne der Konsolidierung wohl erworbener Positionen erfolgen. Dann gehen sie schließlich so weit, daß sie von den Pfarreien eine Rechtfertigung verlangen: Sie verhalten sich häufig so, als müsse ihnen die Kirche für ihre apostolischen Betätigungen oder gar nur für ihre Geldspenden den Gewissensfrieden geben.

Zweifellos gibt es heutzutage in den Pfarreien die verschiedensten Bewegungen. So ist vornehmlich in neuen Wohnbezirken ein ständiges Kommen und Gehen zu verzeichnen. Die neu Hinzukommenden sind für gewöhnlich jünger; sie sind unter anderen Bedingungen und mit anderen Ideen aufgewachsen und erzogen; sie fühlen sich weniger an die örtlichen Strukturen gebunden und den Ortsparreien gegenüber freier.

Man erkennt also gleich, was für Spannungen zwischen den Kräften der Bewahrung und denen der Bewegung innerhalb einer Pfarrei entstehen können. Die Institution will überleben und muß gleichzeitig all das berücksichtigen, was sie voranstößt und drängt. Sie ist daran interessiert, ihre Leute gut in der Hand zu behalten und das gerade in dem Augenblick, in dem die dynamischsten und aktivsten von ihnen das Interesse und Anliegen dieser Strukturen nur noch sehr wenig anerkennen.

2. Pfarrei und christliche Botschaft

Versuchen wir, noch etwas weiter vorzustoßen, indem wir die Botschaft untersuchen, die die Pfarreien vermitteln.

Das ist natürlich die christliche Botschaft: «Chri-

stus ist von den Toten auferstanden – denkt um! –, verkündet diese frohe Botschaft!» Man sollte glauben, diese Aussagen bildeten dann auch den Angelpunkt der Katechese, der Unterweisung, die Leitidee des Apostolates. Aber diese Aussagen sind Kampfrufe. Es sind Aufforderungen, alles ständig in Frage zu stellen, Aufforderungen zur Änderung des Lebens: Da Christus auferstanden ist, kann nichts jemals sein, wie es vorher war.

So erlebt man in Wirklichkeit nicht selten eine Verschiebung, einen Übergang. Man gewinnt den Eindruck, als sei der Ruf zum Umdenken, zu einer Änderung des Lebens, zu einem wohlverstandenen und richtig angesetzten Engagement eine bedrohliche Kraft. Man bleibt also lieber auf der Ebene der Fragestellung: Was tun? Die Unruhe, die entstehen kann, wird schnell entschärft durch das «gute Gewissen», das man sich ohne große Unkosten verschaffen kann.

Nehmen wir ein Beispiel, das einem internen Nachrichtenblatt einer Pfarrei entnommen ist – und zweifellos gäbe es zahlreiche andere aus zahlreichen anderen Pfarreien:

«Gerechtigkeit auf Erden! Der Gerechtigkeit dienen, heute, in unserer Welt. Ein solcher Aufruf läßt uns immer ein wenig zwiespältig werden, wenn er in uns nicht gar ein gewisses Unbehagen wachruft. Wir möchten tatsächlich zugleich diesem an uns gerichteten Aufruf Folge leisten und fühlen uns doch andererseits so wehrlos und mutlos angesichts der Größe der damit verbundenen Arbeit, die uns zu leisten aufgegeben ist. Sehr bald stellt sich dann die Versuchung ein, daß wir glauben, eine solche Aufgabe sei für stärkere Schultern als die unseren gedacht, für die Schultern derer, die «hohe Verantwortungen» tragen – oder ganz einfach: für andere!

Was der Herr von uns verlangt, ist, daß wir wachsam, aufmerksam und unternehmend sind, uns nicht mit Blindheit schlagen lassen hinsichtlich der Welt, in der wir leben, uns nicht zufriedengeben mit dem Schein. Es ist nicht zu bestreiten, daß in einer so komplexen Welt wie der unseren die Unterscheidung zwischen gerecht und ungerecht nicht immer auf den ersten Blick deutlich wird. Doch ist das nur ein weiterer Grund, uns ans Werk zu begeben und ehrlich und ernsthaft danach zu suchen. Es steht viel auf dem Spiele: eine Welt, die gerechter, brüderlicher, menschlicher und heimischer gemacht werden soll.

Suchen, in Angriff nehmen ... zusammen mit anderen! Heute ist es nicht mehr möglich, allein voranzugehen, allein zu bauen. Wir brauchen den

Beitrag der anderen, ja bisweilen sogar ihre Opposition, vielleicht selbst ihre Kontestation, damit wir die Größe des Fortschrittes, den wir zustande bringen sollen, besser ermessen.

Aber was sollen wir tun? werden Sie sagen. Worauf sollen wir denn unsere Kräfte richten? Wenn unser eigenes Herz nicht scharfsichtig genug ist, um selbst zu entdecken, welche Gerechtigkeit wir im Einzelfalle leben und zum Leben bringen sollen, greifen wir noch einmal zum Schreiben Pauls VI. an Kardinal Roy und lassen uns von den präzisen Fragen ergreifen, die dort aufgeworfen sind: das städtische Leben, der Dialog zwischen Jungen und Erwachsenen, die Lage der Frau, die Arbeiter, die Nichtseßhaften, die Dritte Welt ... Wäre es denkbar, daß unser Leben mit keinem einzigen dieser kritischen Punkte unserer Zeit in Berührung kommt?

«Der Herr ist da und ruft dich.» Benutzen wir in der kommenden Woche die wenigen Minuten, die uns zum Überlegen bleiben, um besser diesen oder jenen Aufruf wahrzunehmen und vor allem, indem wir beginnen, darauf zu reagieren.»

Ein solcher Text zieht keinerlei Konsequenzen und hat gewiß keine Unruhe ausgelöst. Einen anderen, ganz ungewohnten Ton schlagen dagegen das Dokument der römischen Bischofssynode vom November 1971 über das Thema *Gerechtigkeit in der Welt*, das Dokument der Fédération Protestante de France über das Thema *Die Kirche und die Mächte* (L'Eglise et les pouvoirs), ebenfalls vom November 1971, das Dokument der Kommission *Justitia et Pax* der Kirche Spaniens vom 23. Dezember 1971, an; und ganz gewiß haben sie diejenigen überrascht, die entweder an weniger klare und unterschiedene Texte gewohnt waren oder an Äußerungen, die ihnen für gewöhnlich an die anderen gerichtet schienen oder die sie ganz einfach auf die anderen angewandt hatten.

Solange die Kommentatoren den Satz: «Arme werdet ihr immer bei euch haben», im Sinne einer Schicksalhaftigkeit der Armut erklären, der man mit Almosen steuern kann, fühlt kein Mensch sich von der Armut anderer betroffen, am wenigsten die Inhaber der amtlichen Gewalt. Sagen aber die Christen nach Jakobus: «Euer Reichtum ist Fäulnis», dann ändert sich das, und es gibt keine Ausflüchte mehr.

Der Vorwurf, man «betreibe Politik», beginnt schnell um sich zu greifen. Die gewohnheitsgemäßen Kirchenbesucher verlangen von den Priestern, deren Handwerk dies nach ihren Worten ist, daß sie ihnen von Gott, von der Liebe, der Sünde

und dem Himmel erzählen ..., weil sie in den Kirchen – so sagen sie – das übrige nicht interessiert. Hörte man auf diese heutigen «Pfarrkonsumenten», so könnte man fast glauben, sie gäben Hugues Rebell recht, der, wenngleich vor langer Zeit, geschrieben hat: «Das Verdienst der katholischen Kirche besteht darin, daß sie das Christentum steril gemacht hat.»²

Man hört nicht auf diese Leute. Aber manches Schweigen erklärt sich und manche Abschwächungen und Beschwichtigungen werden verständlich, wenn man weiß, daß in vielen unserer Pfarreien eine gewisse Anzahl von Gläubigen, zumindest aber überall einige, aufgrund zumeist politischer Entscheidungen, die sie getroffen haben, nicht bereit sind, die christliche Botschaft zu beachten oder sie gar nicht einmal hören wollen.

Man hört nicht auf sie, aber man nimmt auf ihre Anwesenheit Rücksicht und zwar allgemein stärker, als es dem, was sie an Zahl und an Qualität darstellen, entspricht. Aber damit kommen die Pfarreien durch das, was sie tun und durch das, was sie sagen und noch mehr durch das, was sie nicht tun und was sie nicht sagen, ob sie wollen oder nicht, dahin, daß sie politische Stellungen beziehen.

3. Das Verhalten der Pfarreien einigen der heutigen Probleme gegenüber

Gehen wir noch weiter, denn diese tragende Schicht der von uns betrachteten Pfarreien besteht aus seltsamen Leuten. Im allgemeinen sind sie bereit zuzugeben, daß Formen religiösen Lebens sich wandeln können, ja daß sie sich effektiv wandeln; sie lassen die liturgischen Neuerungen gelten und beglückwünschen sich dazu, wenn sie sie praktisch erfahren; sie haben nicht einmal etwas gegen die moderne Form der Familienkatechese, vor allem, wenn es ihnen um den Fortschritt ihrer Kinder geht; aber in der Mehrzahl scheinen sie zugleich von ihren pfarrlichen Gemeinschaften, Versammlungen und Zusammenschlüssen nicht erwarten zu wollen, daß sie als Kräfte der Anregung auftreten, sie scheinen nicht in ihren Pfarreien nach dem zu suchen, woraus sie als Christen leben können in ihrem Alltagsleben.

Alles verläuft so, als dächten die Pfarrangehörigen, ihre Pfarrei sei ein spezieller, dem Religiösen, dem Gottesdienst, der Frömmigkeit, gewissen karitativen Werken und vielleicht noch dem Abonnement «guter» Zeitungen vorbehaltener Raum, während die Priester sich mit ihren Angelegenheiten beschäftigen, aber nicht von den Din-

gen des Lebens, der Arbeit, des Berufes, von den Dingen des öffentlichen Interesses und sozialen oder internationalen Problemen zu sprechen hätten: Schlimmstenfalls kann man noch diese oder jene neuere Enzyklika zitieren (bei den älteren geht es leichter), aber es darf beileibe nicht zu viele Erklärungen dazu geben, sie dürfen nicht wirklich den Dingen auf den Grund gehen, und vor allem dürfen sie nicht so weit gehen, daß sie ausdrücklich und gezielt Dinge in Frage stellen.

Nehmen wir auch hier einige Beispiele:

Das Problem des Rassismus. – Zunächst müssen einige Lehräußerungen aus einer relativ jungen Vergangenheit in Erinnerung gebracht werden. «Die französischen Katholiken», schrieb René Rémond, «haben immer die Wahl zwischen mehreren Tendenzen gehabt: Die «Allianz zwischen Thron und Altar» hat, politisch gesehen, der doktrinalen Entente von traditionellem Royalismus und einem Ultramontanismus mit theokratischen Zügen entsprochen; eine Generation danach, während des Pontifikates Pius' IX., standen ein liberaler Katholizismus mit Sympathien für das Haus Orléans und ein ultramontaner autoritärer Prägung einander gegenüber. Vierzig Jahre später bringt die «Action française» die Verbindung zwischen einem exklusiven Nationalismus und einem Katholizismus zustande, von dem man gesagt hat, er sei im Widerspruch zu seinem Namen das gerade Gegenteil von Universalismus. So zeichnen sich zahllose verwandtschaftliche Züge ab zwischen dem integralen Nationalismus und dem katholischen Integralismus – führen sie doch auf unterschiedlichen Gebieten denselben edlen Kampf gegen den Modernismus!»³

Das gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Aber es gibt heute noch Nachwehen dieser Verbindung auf verschiedenen Gebieten, namentlich im religiösen Bereich bis hinein in die Welt der Pfarreien.

Jahrzehntelang hat man in den kirchlichen Kreisen und in der zu dieser Zeit in den Pfarreien verbreiteten Presse über die Juden, die Freimaurer, den protestantischen Einfluß auf den Staat und danach, aber nicht minder heftig, über die Christdemokraten und ihre Verantwortung an der nationalen Krise gewettert ... und davon ist etwas hängengeblieben.

In manchen Kreisen gibt es eine rassistische Haltung, die sich mehr oder minder deutlich ausdrückt, je nach den Problemen, um die es gerade geht: sei es in der Lehre, daß das Vaterland Gebiete und Völker «besitzt» und daß die Kirche deren

«Erzieherin» zu sein hat; sei es in der Vorstellung, daß die katholische und französische Überlegenheit ständig bedroht sind von jenen «lästigen Ausländern»: jenen Fremden, die sich bei uns niedergelassen haben und so hochherzig aufgenommen worden sind; sei es durch das Prinzip des argwöhnischen Mißtrauens den gelben Völkern gegenüber, weil sie so intelligent und daher doppelt gefährlich seien, und den schwarzen Völkern gegenüber, weil sie «minderwertigen Rassen» angehörten; sei es durch die Idee der Solidarität der zivilisierten Völker Europas den politischen und sozialen Bewegungen gegenüber, die in den Kolonien die Ordnung untergraben.

Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, sobald es darum geht, die Botschaft des Evangeliums zu bestimmten Dingen mitzuteilen: zur Frage der Gleichheit der Menschen und der Achtung der menschlichen Persönlichkeit, zum Recht der Völker auf Selbstbestimmung und eine normale Selbstentfaltung, zur moralischen Rechtfertigung von Kolonialkriegen, die sich immer mehr in die Länge ziehen und ganze Länder vergiften, zur Behandlung Deportierter, Nichtseßhafter und Fremdarbeiter aufgrund einer Gesetzgebung über angemessene Arbeit.

Das alles konnte man in Frankreich deutlich erkennen, als man gezwungen war, über Indochina und anschließend über Algerien, über die Anwendung von Folter wie über die Lage von Angehörigen fremder Völker in bestimmten Vierteln der Großstädte zu sprechen: Viele von unseren Pfarrchristen sind bereit zu gegenseitiger Hilfe, zu erzieherischen Hilfeleistungen, zur sozialen oder karitativen Unterstützung; nur wenige dagegen lassen sich darauf ein, bis zu den Ursachen hinabzusteigen, die der Notwendigkeit von Hilfeleistungen zugrunde liegen, da sie dann vermutlich politische Urteile auszusprechen hätten. Und das wollen sie auf keinen Fall.

Gerechtigkeit und Friede in der Welt. – Es gibt eine beschwichtigende Weise, davon zu handeln; diese kann sehr leicht dahin führen, die Schwierigkeiten gegenstandslos erscheinen zu lassen. Doch beginnt seit mehreren Jahren durch die Ereignisse, welche die Entwicklungsländer erschüttern und ihre Probleme sichtbar machen, sich bei den Christen ein Erwachen des Bewußtseins abzuzeichnen. Es handelt sich für die Völker um eine Befreiung, die die Gerechtigkeit verlangt; man spricht von politischen Systemen «im Zustand der Todsünde», von den Rechten ihrer Völker gegen politische Unterdrückung, aber auch gegen wirtschaftliche Bevor-

mundung, gleich ob sie von den betreffenden Systemen herrühren oder von außen kommen. Der Friede in der Welt kommt nur um einen Preis: den Beginn der Gerechtigkeit.

Man muß gewisse Aussagen der peruanischen Bischofskonferenz vom 3. September 1971 nachlesen, die zur gleichen Zeit auch in der Presse veröffentlicht wurden: «Das Evangelium, das in authentischer Form einem Unterdrückten verkündet wird, muß notwendig die Funktion einer ‹Bewußtmachung (conscientisation)› versehen. Es trägt dazu bei, ihn seine Würde als Person erkennen zu lassen und zugleich seine Situation als Enterbter und das Unrecht, das ihm angetan wird. Er begibt sich daran, gegen es zu kämpfen.

Die Arbeit verleiht einen gerechten und primären Anspruch auf Eigentum. Es ist folglich notwendig, die Formen exklusiver Aneignung der Produktionsmittel zu überwinden und ein gesellschaftliches Eigentum zu schaffen.

Wir wünschen, daß die Synode die Pseudo-neutralität der Länder brandmarkt, die auf dem Weg über ihre Banksysteme, die die Flucht, die Akkumulation und den Schutz der Kapitalien begünstigen und damit eine Politik betreiben, die Länder wie das unsere verarmen lassen.

Wir möchten schließlich vorschlagen, daß die nationalen kirchlichen Organisationen der wirtschaftlich starken Länder den Verkauf von Waffen an die Dritte Welt verurteilen und die nukleare Rüstung brandmarken.»

Es ist keineswegs leicht, von Gerechtigkeit und Frieden zu sprechen, denn damit berührt man die Beziehungen zwischen Kirche und Staaten mit ihren – amtlichen oder stillschweigenden – Konkordaten; und man trifft dabei auf höchst beunruhigende Fragen: die Erhebung von Einwänden gegen die Militärhaushalte und den Rüstungswettlauf, gegen den Waffenhandel, vom Maschinengewehr bis zum Flugzeug und zur Rakete, gegen den Status der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen und seine Normalisierung, oder etwas ganz anderes: die Frage nach einer tatsächlich wirksamen Hilfe für die mittellosen Länder, die Ordnung der Hilfeleistungen, die Erschließung der einheimischen Mittel durch die Produzentenländer selbst, die Dienste der Zusammenarbeit und ihre Zielsetzung.

Damit aber trifft man auf den Nerv der politischen Macht, und diese scheut sich bisweilen nicht, dies auch zu sagen. Was nun die gewohnheitsgemäß «Praktizierenden» anbetrifft, die diese oder jene Zeitung lesen, Rundfunk hören, regelmäßig

fernsehen und vor allem aufgewachsen sind in einer bedingungslosen Achtung der etablierten Ordnung, die als besondere Tugend betrachtet wird – so begreifen sie nicht, daß man solche Probleme angreift, so sind sie nicht damit einverstanden, daß man derartige Stellungnahmen aufzeigt. Für sie bedeutet das «Politik betreiben»; dabei vergessen sie jedoch, daß sie, wenn sie das sagen, bereits selbst ihre Politik machen. Sie vergessen außerdem ihre Verpflichtung als Christen, ihre politischen Optionen im Lichte des Evangeliums und ihres Glaubens zu betrachten; und damit belasten sie das Zeugnis, das ihre Pfarreien geben sollten, mit einer schweren Hypothek.

Die sozialistische Option. – Am 1. Mai 1972 haben die französischen Bischöfe der «bischoflichen Kommission für die Fragen der Arbeiterwelt (Commission épiscopale du monde ouvrier)» ein Dokument veröffentlicht mit dem Titel «Première étape d'une réflexion de la commission épiscopale du monde ouvrier dans son dialogue avec des militants chrétiens ayant fait l'option socialiste (Erste Etappe einer Überlegung der bischoflichen Kommission für die Fragen der Arbeiterwelt in ihrem Gespräch mit aktiven Christen, die sich für den Sozialismus entschieden haben)».4 Seither hat das Dokument viele Schreibfedern in Bewegung gesetzt. Alle diese Reaktionen enthüllen einen latenten Geisteszustand, der sich indessen am Ende in Verhaltensweisen Ausdruck schafft.

Für die starren Traditionalisten ist es nur bedauerlich, daß ein solches Dokument überhaupt veröffentlicht werden konnte. Will es doch Beziehungen aufweisen, die Christen zum Sozialismus haben können; dabei gibt es Naivitäten, Illusionen, ja regelrechte Irrtümer. Es gilt vor allem, «christlich zu denken», und die militanten christlichen Arbeiter müßten besser informiert sein, was den Sozialismus anbetrifft. So greift man von diesen Kreisen aus die Einsicht wie die sachliche Kompetenz der Betreffenden an, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Andere betonen, ein solches Dokument verwirre eine beträchtliche(!) Anzahl von Christen. Tatsächlich bringt es sie aus der Fassung, wenn sie sehen, wie die Predigt für die soziale Gerechtigkeit derart mit dem vermisch wird, was in ihren Augen eine ausdrückliche Berufung auf die sozialistische Ideologie darstellt. Sie machen darauf aufmerksam, daß die Päpste alle Formen von Sozialismus verurteilt haben, da sie alle annehmen, die Unvollkommenheiten des Menschen rührten von der Gesellschaft her und es sei möglich, eine vollkommene

Gesellschaft zu schaffen, in der dann auch die Menschen vollkommen wären. Sie fügen ferner hinzu, die Verurteilung des Marxismus sei besonders klar und deutlich gewesen wegen des Einflusses, den diese Lehre heutzutage überall gewonnen habe, doch habe die Verurteilung des Sozialismus als der Natur des Menschen in seiner Wesenseigenschaft als Person widersprechend, sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage niemals geändert.

Für die «Kategorischeren» ist der Sozialismus schlicht und einfach der «Teufel», während der Privatkapitalismus die Ordnung, der Erfolg durch Arbeit ist und somit mit der Religion vereinbar. Die sozialistische, die «linke» Politik ist für sie aber auch deshalb der «Teufel», weil die Politik der Rechten und der Mitte «Richtungen» sind, die von der Kirche zugelassen seien.

Für die diplomatischeren unter den Gegnern jeglicher Annäherung an den Sozialismus ist ein Sozialismus mit menschlicherem Antlitz reine Hypothese, für die bis heute jede Bestätigung im Bereich der Wirklichkeit fehlt, ja, die aufgrund der tatsächlichen Ereignisse immer zweifelhafter erscheinen muß. Sie sagen das mit solcher Sicherheit, als habe der Privatkapitalismus seine für ihr christliches Gewissen ausreichende wohlthätige Auswirkung bereits reichlich unter Beweis gestellt.

Tatsächlich ist dieses Dokument eine Infragestellung des faktischen Bündnisses, das seit mehr als einem Jahrhundert zwischen der christlichen Welt und dem Privatkapitalismus entstanden ist. Dieses Bündnis lehnt eine wachsende Zahl von Christen heutzutage ab und äußert immer stärker ihre Beunruhigung angesichts der unzureichenden Anerkennung der Rechte der menschlichen Persönlichkeit in dem System, das wir kennen, und angesichts der Fortdauer immer größeren wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichtes.

Nun anerkennen in diesem Dokument Bischöfe, daß es Christen gibt, die – nicht durch ideologische Gründe – für sich Entscheidungen im sozialistischen Sinne getroffen haben, und nehmen mit ihnen das Gespräch auf. Das ist ein bedeutsames Ereignis, denn bisher waren es in Frankreich nur die sogenannten «führenden Kreise (les dirigeants)», die mit den Bischöfen im Gespräch waren, und diese Kreise waren natürlich nicht sozialistisch. Es scheint also, als sei damit dieses Monopol gebrochen. Vielleicht hat man die Änderung bemerkt und registriert.

Außerdem muß auf den Fortschritt der Beziehungen zwischen Kirche und Arbeiterwelt auf-

merksam gemacht werden. Zur Zeit der Päpste Leo XIII. und Pius XI. interessierte man sich für die Welt der Arbeit und schilderte die Benachteiligung der Arbeiterschaft sowie die dadurch aufgeworfenen Probleme und auf welche Weise man sie zu lösen hätte. Nunmehr, seit den Päpsten Johannes XXIII. und Paul VI., seit dem Zweiten Vatikanum, forscht man nach den Ursachen für diese Tragödie der Arbeiterklasse und ist schließlich zu der Einsicht gelangt, daß die Arbeiterschaft das erste Opfer eines auf Geld und Profit basierenden Wirtschaftssystems ist. So beginnt man folgerichtig, die Mißstände des Privatkapitalismus zu kritisieren, der auf diese Weise angefochten wird.

Für viele unserer braven Pfarrchristen ist diese Analyse keineswegs selbstverständlich und ebenso wenig die Diagnose des Wirtschaftssystems, unter dem wir leben. Sie bringen dies in den Spalten «Leserbriefe» der katholischen Zeitungen, z. B. von «La Croix» zum Ausdruck; dieses Blatt veröffentlicht überdies seit mehreren Monaten hochinteressante Chroniken über dieses Thema.

Doch diese negative Verhaltensweise blockiert zum Teil die pastorale Arbeit, und man begreift, daß angesichts dieser zum großen Teil völlig einfalllosen Kritik die Bischöfe einige Bemerkungen machen mußten.⁵ Dabei muß jedoch gesagt werden, daß ein ungewöhnlicher Schritt von seiten der Bischöfe in gewissen Milieus katholischer französischer Meinung und Mentalität heute immer noch unbegreiflich erscheint. In diesen Kreisen erkennt man zwar eine Notwendigkeit, aber es genügt ihnen, die Soziallehre der Kirche in einer Formulierung auszusprechen, die unveränderlich ist, selbst wenn sie im verflossenen Jahrhundert und unter völlig anderen Umständen geschrieben und konzipiert wurde.

Das ist die Lage an vielen Orten, aber keineswegs überall. Mehr und mehr und in einer immer allgemeiner werdenden Weise setzt sich eine Pastoral durch, die auf das konkrete Leben der Christen ausgerichtet ist. Sie macht klar, daß ihre verschiedenen Engagements, selbst das politische, eine Sache sind, die ihren Glauben angehen.

Das ist zweifellos nicht jedermanns Sache, und manch einer wechselt die Kirche. Wir beobachten aber auch die umgekehrte Bewegung, daß Christen solchen Pfarreien den Rücken kehren, in denen man nichts sagt, in denen man nichts tut, in denen man keinerlei Stellung nimmt. Hier haben wir vermutlich einen der Gründe für die Geringschätzung vieler Christen ihren Pfarreien gegenüber. Sie finden in ihnen nicht die Gemeinschaft, in der sich in

Freiheit ihr Glaube entfalten kann, in der sich ihr Handeln in sinnvoller Weise aufeinander abstimmen könnte.

Sprechen wir abschließend unseren Wunsch aus, daß die Pfarreien eine Verschiedenheit politischer und sozialer Engagements der Christen als berechtigt, ja als sinnvoll und nützlich ansehen und gestatten, daß sie diejenigen, die solche Engagements eingehen, tragen und unterstützen. Dabei geht es nicht allein um Solidarität unter Christen, sondern um kollektives christliches Zeugnis. Mögen sie mit den Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben

¹ F. Boulard, *Projets et réalisations de la pastorale d'ensemble: Masses ouvrières* 182 (1962) 27.

² J. Paugam, *L'âge d'or du Maurassisme* (Paris 1971) 78.

³ R. Rémond, *La droite en France, de la première Restauration à la V^e République* (Paris 1968) Bd. 1, 191.

⁴ Veröffentlicht von *Documentation catholique* 1609 vom 21. Mai 1972, 471.

⁵ Siehe Erzbischof Maziers von Bordeaux, *Réflexions sur un dossier: Documentation catholique* 1612 vom 2. Juli 1972, 623.

Übersetzt von Karlhermann Bergner

Robert Delaney

Analyse der politischen Funktion einer christlichen Gemeinde in Panama

Am 11. Oktober 1968 wurde Panamas Präsident durch einen Militärputsch gestürzt, und etwa zwei Wochen später veränderte ein Protestmarsch gegen die neue Diktatur die historische Rolle einer kirchlichen Gemeinde und machte sie zum Symbol des Mutes und der staatsbürgerlichen Verantwortung für das ganze Land. Nachdem die Demonstrationen an der National University unterdrückt worden waren, gab es keinen organisierten Widerstand mehr. Dennoch trafen sich die Pfarrangehörigen von San Miguelito, einem armen Vorort außerhalb von Panama City, die das Versammlungsverbot mißachteten, heimlich in ihren Wohnungen und im Gemeindezentrum, um ein Programm der Konfrontation zu formulieren. Die Laienleiter der Pfarre waren es seit langem gewöhnt, Nachbar-

und anerkennen, daß die politischen und sozialen Kämpfe unerlässlich sind, wenn man eine gerechtere Organisation zu schaffen hat, selbst wenn das letzte und wesentliche Ziel die Caritas des Evangeliums ist.

So kann man hoffen, daß die christliche Botschaft unbehindert durch Institutionen hindurch ihren Weg findet, die stets selbstkritisch sind. Hierin liegt zweifellos auch der Grund, aus dem die französischen Bischöfe immer lebhafter die Entwicklung einer Theologie «des Politischen» wünschen.

YVAN DANIEL

geboren am 9. November 1909 in Nîmes (Frankreich), 1935 zum Priester geweiht. Er studierte in Paris an der Sorbonne, am Seminar Saint-Sulpice und am Institut Catholique, ist Lizentiat des kanonischen Rechtes, war Pfarrer von Saint-Pierre-Saint-Paul und Dekan von Ivry, ist Pfarrer von Saint Germain de Charonne und Dekan des XX. Bezirkes von Paris. Er veröffentlichte u. a.: *La France, pays de mission?* (Paris 1943), *Chrétiens partout* (Paris 1968).

schaftsprogramme für die Evangelisation in den Wohnungen zu organisieren, denn es war die Leitidee dieses von drei Diözesanpriestern aus Chicago 1963 gegründeten pastoralen Experiments San Miguelito: Kirche existiert nur dort, wo eine vom gemeinsamen Glauben getragene wirkliche Gemeinschaft vorhanden ist, und eine solche kirchliche Gemeinschaft entsteht nur Hand in Hand mit dem Zustandekommen einer lokalen Leitung.

1. Entstehung

Als Folge dieses gemeinde-orientierten Konzepts wurde die Mission unterteilt und wurden neue Gemeinschaften geschaffen, so daß es schließlich sechs Pfarreien gab, von denen jede wiederum aus vielen Nachbarschafts-Minikirchen oder Basisgemeinden mit ihren eigenen nichtgeweihten, charismatischen Koordinatoren bestand. Diese Laienpriester, Hermanos (Brüder) genannt, waren die wichtigsten Faktoren bei der Evangelisation von 8000 Erwachsenen auf der Basis kleiner Dialog-Gruppen. Die Hermanos haben seit langem viele Funktionen übernommen, die üblicherweise dem Priester vorbehalten waren: Predigt, Kommunionausteilung, Gemeindeverwaltung ebenso wie die Missionierung anderer Distrikte. Einige dieser Männer waren als voll angestellte, bezahlte Missionare in